Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin.

Ausgabe 20 / Juli 2026

Vorgestellt:

Benedict Kurz, Vorsitzender des Stadtverbandes Neuruppin der Partei Die Linke

Für eine Gesellschaft, in der alle Platz haben

Er ist schon viel rumgekommen in Deutschland, bevor er vor drei Jahren „der Liebe wegen“ in Neuruppin sesshaft wurde. Die Rede ist von Beni, wie ihn Freunde, Bekannte, Verwandte und Wegbegleiter nennen. Begonnen hatte alles am Chiemsee. Dort ging er als erster in seiner Familie aufs Gymnasium. Der fröhliche Junge scheiterte jedoch schnell am Leistungs- und Anpassungsdruck. Mit 17 flog er dann von der Schule. „Ja, ich wurde zum klassischen Schulabbrecher“, sagt der heute 43-Jährige.

Nach seinem Zivildienst in einem Kinderkrankenhaus wurde er erst einmal Bürokaufmann. Über den 2. Bildungsweg kam er dann doch noch zum Abitur. Als Schulabbrecher und 1er-Abiturient war auch sein Interesse an Bildungsgerechtigkeit, an dem, wie Schule ist und wie sie sein könnte, geweckt. Während des Lehramtsstudiums in Berlin lernte er seine Frau kennen. Die heutige Lehrerin blieb an seiner Seite und bestärkte ihn auf seinem weiteren Weg. Und als ihre Sehnsucht nach zu Hause, nach der Familie immer größer wurde, folgte er ihr vor drei Jahren nach Neuruppin, wo die junge Familie sesshaft wurde.

Nachdem Beni sich viele Jahre ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche engagierte, wurde er 2021 Mitglied der Linken. „Das ist die Partei, die tatsächlich etwas für Familien, wie die aus der ich komme, tun möchte“, dachte er sich. Seit zwei Jahren ist er auch Co-Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der Partei und feilt mit vielen Gleichgesinnten am bildungspolitischen Programm der Partei.

Und in seiner neuen Heimat nahm ihn der langjährige Stadtvorsitzende, Achim Behringer, unter seine Fittiche. „Von Achim und den anderen Genoss:innen habe ich nicht nur viel gelernt, sondern sie haben mir auch geholfen, in der Stadt und der Partei heimisch zu werden“, sagt Beni heute. „Als Achim dann Anfang des Jahres seine Funktion an Jüngere abgeben wollte, hat er mich als seinen Nachfolger vorgeschlagen“. Beni hat diese Herausforderung gerne angenommen, denn er konnte die Arbeit im Stadtverband die letzten Jahre bereits kennenlernen. Gemeinsam mit erfahrenen und jüngeren Genoss:innen bildet er nun den neuen Stadtvorstand.

Wichtig ist dem neuen Stadtvorsitzenden die Erinnerungskultur. Gedenkstätten wie das Todesmarsch-Denkmal in Wulkow zu erhalten, gehört für ihn zum gelebten Antifaschismus. Außerdem freut er sich bereits auf den 12. September, wenn das Kinder- und Familienfest in der Krümelkiste stattfindet. Auch Veranstaltungen zu politischen Themen sind geplant. So sollen Möglichkeiten der Begegnung geschaffen

werden. „Gemeinsam wollen wir als Partei wieder sichtbarer werden und weiterhin Ansprechpartner für die Menschen in guten wie in schlechten Zeiten sein.“

Und sonst? Der ehemalige Schulabbrecher arbeitet an seiner Promotion auf dem Gebiet der Erziehungswissenschaft und ist mit seiner kleinen Tochter regelmäßig auf den Spielplätzen der Stadt zu finden.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Aktionstag zur Finanzsituation der Kommunen

Hauptverwaltungsbeamte aus dem Landkreis OPR beteiligten sich am 22. Juni am bundesweiten Aktionstag der kommunale Spitzenverbände, um auf die prekäre Finanzsituation der Kommunen aufmerksam zu machen, darunter Thomas Kresse (Amtsdirektor Amt Temnitz), Philip Schulz (Bürgermeister Wusterhausen), Dr. Phillip Wacker (Bürgermeister Wittstock) und Ralf Reinhardt (Landrat).

■■ *Ronny Kretschmer*

→ Siehe auch Seite 4

Es reicht! Das Leben bezahlbar machen

Parteitag in Potsdam - Klassenkampf von unten

So jung wie noch nie, so war die Partei Die Linke am Wwochenende auf ihrem Parteitag am Wochenende im Filmpark zu erleben. Die Mitgliederzahl innerhalb eines guten Jahres hat sich auf 126000 verdoppelt. Auf dem Parteitag waren sechzig Prozent der Delegierten zum ersten mal. Jung, radikal, manchmal laut, „Es reicht! Das Leben bezahlbar machen", das stand groß über der roten Bühne.

Am Mikrofon und im Saal wurde gerungen, um gute Beschlüsse, oft um Kompromisse. Zum Beispiel zu Westasien, also um Israel und Palästina. Oft auch kompromisslos und eindeutig, wenn es um Solidarität mit Kuba ging oder um einen in der Partei lange diskutierten Diätendeckel für Bundestagsabgeordnete. Diskutiert wurde um die Position der Partei zu Sexarbeit, um eine mögliche zusammenarbeit mit der CDU, wenn es darum geht, die AfD von der Macht fernzuhalten. Und es wurde immer wieder beschlossen, wie die Position der Partei ist zum „Klassenkampf von oben" von Merz, Spahn, Reiche und Co, nämlich mit Klassenkampf von unten. Zusammengefasst in einem Leitantrag, der Analyse mit Lösungsvorschlägen verband, der auch das neue Verständnis der Partei von ihren zukünftigen Aufgaben beschrieb, und dann nach heftiger und langer Diskussion beschlossen wurde.

Ja, und es wurde gewählt in Potsdam, nach zwei Jahren musste ein neuer Parteivorstand her. Und auch gleich ein neuer Parteivorsitzende. Jan van Aken, der die Partei mit seiner Co-Vorsitzenden klug geführt hatte, trat nicht wieder an - aus gesundheitlichen Gründen: Er wurde würdig und grandios verabschiedet. Er feierte gerade seinen 65. Geburtstag. Ines Schwerdtner weinte ihm nicht nur eine Träne nach (die allgegenwärtigen Fernsehkameras haben das immer wieder und in Nahaufnahme eingefangen). Er wird nicht nur mit seinem immer wieder verkündeten Satz „Ich finde, es muss keine Milliardäre geben" im Gedächtnis vieler bleiben. Er hinterließ auch in seiner Abschiedsrede eine Vision für Die Linke: Sie soll eine sozialistische Volkspartei werden.

Luigi Pantisano, dessen italienische Eltern in Baden-Württemberg am westdeutschen Wirtschaftswunder mithalfen, ist für Die Linke im Bundestag. Vor sechs Jahren wäre der Architekt (44) fast in Konstanz zum Oberbürgermeister gewählt worden, er erreichte sensationelle 45,3 Prozent. Bei der Wahl am Wochenende zum Parteivorsitzenden erreichte er 53,3 Prozent. Ines Schwerdtner wurde mit 85,7 Prozent wiedergewählt. Das ist jetzt für ihn eine große Aufgabe. Und die Springer-Presse hat schon begonnen, sich auf ihn einzuschießen.

Erfreulich die Wahl von Ulrich Schneider, in den letzten 25 Jahren Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes als einer von sechs stellvertretenden Parteivorsitzenden. auch aus. Auch aus unserem Bundesland gibt es wieder ein Mitglied im Parteivorstand: Luca Renner aus dem Kreis Oberhavel, Glückwunsch. Candy Boldt-Händel, ebenfalls Oberhavel, hat es in Potsdam nicht noch einmal in den Vorstand geschafft. Und bis zum nächsten Parteitag wird nun auch am neuen Parteiprogramm gearbeitet, das letzte wurde vor 15 Jahren in Erfurt beschlossen, Und natürlich weiter Klassenkampf von unten gemacht. Denn „Es reicht! Das Leben bezahlbar machen" ist nicht nur eine Parteitagslosung, sondern die tägliche Arbeit der Partei Die Linke.

(Foto: „Bundesparteitag in Potsdam" von DIE LINKE, CC BY-NC-SA 4.0)

■■ Hanno Harnisch,
Parteitagsdelegierter Prignitz

Kurz & knapp

Das Durchschnittsalter der Mitglieder der Partei Die Linke in Deutschland liegt bei 38,6 Jahren. Damit ist die Linke eine der jüngeren Parteien in der deutschen Parteienlandschaft. Der Altersdurchschnitt der Partei ist in den vergangenen Jahren stark gesunken. Während die Mitglieder im Schnitt Ende 2023 noch über 52 Jahre alt waren, sorgte eine Eintrittswelle im Jahr 2024 für eine deutliche Verjüngung. Dieser Effekt verstärkte sich nach der Abspaltung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) und durch einen erfolgreichen, auf soziale Themen ausgerichteten Wahlkampf.Die Partei Die Linke hebt sich durch ihr niedriges Durchschnittsalter deutlich von anderen im Bundestag vertretenen Parteien ab:

Die Linke: ca. 38,6 Jahre
Bündnis 90/Die Grünen: ca. 48 Jahre
FDP: ca. 49 Jahre
SPD: ca. 62 Jahre
CDU: ca. 60,9 Jahre
AfD: ca. 54,1 Jahre

Linke Abgeordnete im Bund und in Europa werden künftig einen Großteil ihrer Diäten an Sozialfonds abgeben und nicht mehr als ein „Durchschnittsgehalt" für sich behalten. Der Gehaltsdeckel orientiert sich am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und liegt derzeit bei 5.300 Euro brutto. Für Alleinstehende mit Steuerklasse 1 sind das rund 3.300 Euro netto. Der „Deckel" schließt auch etwaige Zulagen der Parlamentarier ein. Ein Bundestagsabgeordneter erhält derzeit eine monatliche Diät von 11.833,47 Euro brutto sowie eine steuerfreie Aufwandspauschale von etwa 5.467 Euro.

Die Linke ist überzeugt davon, dass Abgeordnete nicht besser verdienen sollten als die „arbeitende Klasse". Schon jetzt gelten für Linken-Abgeordnete sogenannte Mandatsträgerabgaben an die Partei. Der Beschluss soll den Gehaltsdeckel „vereinheitlichen und vor allem eine Unterstützung von Sozialfonds ermöglichen, die an ‚Die Linke hilft' angebunden sind". Die Landesverbände werden aufgefordert, ähnliche Regeln auch für Landtagsabgeordnete zu finden mit dem Ziel, flächendeckend Sozialfonds aufzubauen.

Die Linke hat nach intensiver und auch kontroverser Diskussion auf ihrem Parteitag in Potsdam das israelische Vorgehen im Gazakrieg als Völkermord verurteilt. Ein entsprechender Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Konkret heißt es darin: „Internationale Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler*innen sprechen von einem Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza. Wir schließen uns dieser Einschätzung an."

Im Beschluss enthalten ist ein Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel. „Als Schutzraum für Jüdinnen und Juden kommt dem Staat Israel dabei eine besondere historische und gegenwärtige Bedeutung zu", heißt es. Und weiter: „Ebenso stehen wir zum Existenzrecht Palästinas und für gleiche Rechte aller Menschen in Palästina." In Deutschland will Die Linke „jüdisches Leben in all seiner Vielfalt in Deutschland schützen". Antisemitismus und Hass gegen Jüdinnen und Juden werden wir niemals tolerieren." Zugleich fordert die Partei, auch palästinensisches Leben in Deutschland zu schützen.

■■ *red.*

Die Zukunft unserer Dörfer und ihr Parlament!

Die moderne Dorfbewegung in Brandenburg entstand als Reaktion auf die tiefgreifenden kommunalen und demografischen Veränderungen nach der Wende. Ein entscheidender Auslöser war die Gemeindegebietsreform von 2003, in der viele kleine, eigenständige Gemeinden zu Großgemeinden zusammengelegt wurden. Seinen Ausgang nahm die Bewegung im Spreewald. Als Reaktion auf die Gebietsreform und die damit verbundene Auflösung der Gemeinde Pretschen schlossen sich frustrierte Ortsvorsteher und Bürger zusammen, um den Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen und sich landesweit zu vernetzen. Um dem Engagement eine feste Struktur zu geben, wurde im Jahr 2015 der Verein Dorfbewegung Brandenburg e.V. – Netzwerk Lebendige Dörfer gegründet.

In der Brandenburgischen Verwaltungsstruktur gibt es den Begriff „Dorf" nicht, es gibt nur Ortsteile, insgesamt sind es in Brandenburg 1785.
Ursprünglich waren die meisten dieser Dörfer eigenständige kommunale Gebietskörperschaften. Nach verschiedenen verpflichtenden und freiwilligen Strukturänderungen sind sie jetzt Ortsteile von Gemeinden oder Städten, die wiederum eingebunden sind in Landkreise, Ämter, Gemeinden, mitverwaltende Gemeinden oder Verbandsgemeinden.
Gewählt wird ein Ortsbeirat und viele Ortsteile erhalten ein Ortsteilbudget, welches in seiner Höhe von der Kassenlage der jeweils zuständigen Kommune abhängt. Über die Verwendung dieses Geldes kann zwar in den „Dörfern" selbst entschieden werden, aber ein fehlender kommunaler Haushalt, macht sie abhängig von den jeweils zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern. Die ja auch wiederum vor der schwierigen Aufgabe stehen, das wenige Geld gerecht und nachhaltig in der Kommune zu verteilen.
Die Ortsteile befinden sich im Wandel und ihre Zukunft ist unmittelbar mit der Entwicklung des ländlichen Raumes in den Regionen verbunden. Anbindung an Bahn- und Busverkehr, Bildungs-, gesundheitliche, kulturelle und sportliche Einrichtungen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern ein Fakt!
Aber unsere Dorfgemeinschaften sind stark, sie wollen sich selbst um die Angelegenheiten ihres Dorfes kümmern und arbeiten daran, die dörfliche Lebensqualität weiter zu verbessern.
Deshalb verwundert es nicht, wenn Dörfer sich vernetzen, um gemeinsam voneinander zu lernen, bzw. auch gemeinsame Forderungen gegenüber der Politik zu formulieren. Der Gedanke ist nicht neu in Europa, die skandinavischen Länder wie Finnland, Schweden und die Niederlande sind Vorreiter, seit den 70/80 er Jahren haben sich Initiativen und Dorfgemeinschaften vernetzt.
Seitdem haben sich Idee und Konzept ausgebreitet, und es sind mittlerweile Bewegungen in rund 20 europäischen Ländern entstanden. Die European Rural Community Alliance (ERCA) ist ein ehrenamtlich getragenes Netzwerk solcher Dorfbewegungen und unterstützt als zivilgesellschaftliche Vereinigung ländliche Dorfgemeinschaften und Dorfbewegungen. Durch gemeinsame Aktionen wie das Europäische Ländliche Parlament sollen die aktuellen Herausforderungen ländlicher Räume auch auf der europäischen politischen Bühne artikuliert und vertreten werden.
In Brandenburg findet seit 2022 das Parlament der Dörfer alle zwei Jahre statt. Probleme, Vorschläge und Lösungen werden zur Diskussion gestellt und sollen der Landespolitik als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dienen.
Aber nicht nur Landespolitik trägt Verantwortung für die Zukunft der Dörfer im ländlichen Raum. Sondern auch die Bürgermeister, Amtsdirektoren, Landräte und all die dazugehörigen Entscheidungsgremien sind in der Pflicht, die Mitspracherechte der Dorfgemeinschaften zu verbessern. Möglichkeiten gibt es viele, Vorschläge aus dem Parlament der Dörfer wurden schon oft diskutiert und teilweise übernommen. Doch noch immer gibt es viel zu verändern, um unseren Dörfern wieder mehr Mitsprache und Teilhabe zu ermöglichen.

■■ *Anke Schwarzenberg*
(die Autorin war als Mitglied der Linksfraktion im Landtag beim Auftakt des Parlaments der Dörfer 2022 mit dabei)

Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich auf dem Land

Bericht vom 3. Parlament der Dörfer

Die Prignitz ist einer von neun Landkreisen, in denen Engagierte ein Dörfer-Netz aufbauen als Teil der Dorfbewegung Brandenburg. Sie organisiert das Parlament der Dörfer, das im Juni am Seddiner See zum 3. Mal tagte. Als Kommunalpolitiker war ich eingeladen und einer von den rund 130 Teilnehmenden. Ich entschied mich für die Arbeitsgruppe „Lebendige Demokratie auf dem Land. Was ist jetzt zu tun?" und erlebte einen ehrlichen, konstruktiven und zielorientierten Austausch über verschiedene örtliche Bedingungen, Erfahrungen und Vorhaben. Eine Sorge treibt alle um. Mit dem Ende des Bundesprogramms ‚Demokratie Leben' hängen viele in der Luft: Was kann weitergeführt werden, was fällt weg? Die Verunsicherung ist groß. Ein großes Thema war auch das Problem, Räume für Treffen und Veranstaltungen zu finden. Häufig gibt es nur noch die Dorfgemeinschaftshäuser als öffentliche Orte. Viele machen die Erfahrung, dass ihnen die Nutzung mit Verweis auf das Neutralitätsgebot verweigert wird, sobald sie ein gesellschaftspolitisches Thema haben oder sich demokratiepolitisch engagieren. Die AfD muss dafür gar nicht aktiv werden. Sie war überhaupt wenig Thema, aber der große Elefant im Raum, weil viele Bürgermeister vorauseilend handeln, ohne sich tiefergehend mit dem Neutralitätsverständnis des Grundgesetzes zu befassen. Das Innenministerium müsste ihnen dringend eine Handreichung zum Neutralitätsgebot für Beamte und Verwaltungsmitarbeitende an die Hand geben, um Rechtssicherheit zu schaffen. Expertise zum Thema gibt es genug. Das würde Demokratie und eine lebendige Zivilgesellschaft effektiv stärken und der AfD ihre verquere Neutralitätskeule gegen Andersdenkende aus der Hand nehmen. Aus unserer Arbeitsgruppe heraus floss die Forderung nach einer solchen Handreichung und einer zentralen Beratungsstelle für Rückfragen in die Abschlusserklärung ein. Ein realistisches Ziel? Ja, wenn man im Bündnis gemeinsam, offensiv und mit Medienöffentlichkeit direkt auf den Innenminister zugeht.
(Foto/Logo: Copyright: Dorfbewegung Brandenburg e.V.)

■■ *Thomas Domres*

Seddiner Erklärung - Parlament der Dörfer 2026

„Gehen Sie in die Dörfer, hören Sie den Menschen selbstkritisch zu und nehmen Sie sie ernst“, lautet die Aufforderung des Parlaments der Dörfer an die Landesregierung. In der sechsseitigen „Deklaration vom Seddiner See“ werden die konkreten Forderungen in fünf Kapiteln gebündelt: Lebendige Demokratie auf dem Land, Begegnungsorte im Dorf, Erneuerbare Energien, Engagierte junge Menschen in ländlichen Räumen und Gesund altern.

Der Text ist in einem dringlichen Ton verfasst. Hier sprechen Menschen, die sich auskennen mit den Folgen der Vernachlässigung des ländlichen Raums, des Gefühls, überhört, übergangen und abgehängt zu werden. Sie sind Gemeinwohlexpertinnen und -pioniere, die mit viel Engagement dagegenhalten, neue Ideen entwickeln und die Demokratie vor Ort verteidigen. Dafür fordern sie Anerkennung statt „Delegitimierung der Zivilgesellschaft“, den Erhalt bestehender Programme wie ‚Demokratie Leben‘ und unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln. Ortsteilbudgets sollen erhalten bleiben und kleine Dörfer einen Sockelbetrag erhalten. Sorge gilt allgemein den Kommunalen Finanzen, die kaum noch Gestaltungsspielraum zulassen. Gefordert wird ein „Sozialraumschutz“, das heißt: Bei Veränderungen oder Schließungen von Einrichtungen sind alle betroffenen Kommunen und Ortsbeiräte einzubeziehen, um Folgenabschätzung und Alternativen zu erwägen und Weiterfinanzierungsmöglichkeiten auszuloten.

„Eine Daseinsvorsorge, die das Hiersein sichert, ist Pflichtaufgabe“ heißt es und “wir fordern, dass eine bedarfsorientierte Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit sichergestellt wird“, denn in vielen Dörfern beschränkt sich das Jugendfreizeitangebot auf die Jugendfeuerwehr. Beteiligungs- und außerschulische Bildungsangebote fehlen in der Fläche ganz. Auch deshalb muss der ÖPNV dauerhaft bereitgestellt werden, statt die wenigen Buslinien in den Schulferien einzustellen, wie vielerorts üblich. Gefordert wird außerdem ein flächendeckendes Pflegenetzwerk, die Sicherstellung ärztlicher Versorgung und ein Strompreis, der den Beitrag der Dörfer zur Erneuerbaren Energie widerspiegelt. Aber das ist nicht alles.

Vollständig zu lesen ist die Deklaration hier: https://daten.verwaltungsportal.de/dateien/news/1/2/4/5/9/4/9/2026-06-06_Deklaration.pdf

■■ *bms*

Schluss mit der Unterfinanzierung!
Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern!

Am 22.6.2026 haben die Kommunalen Spitzenverbände mit einem bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Kommunen am Limit“ auf die katastrophale Finanzsituation der Kommunen hingewiesen.
Auch in unserer Region halten die Städte und Gemeinden den Alltag am Laufen: Kitas, Schulen, soziale Angebote, öffentlicher Nahverkehr, Kultur und Daseinsvorsorge.
Doch viel zu viele Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Steigende Kosten, unzureichende Finanzierung durch Bund und Land, Aushebelung des Konnexitätsprinzips sowie jahrelange Sparpolitik haben dazu geführt, dass immer mehr Städte und Gemeinden an ihre Belastungsgrenzen stoßen.
Wir haben den bundesweiten Aktionstag unterstützt. Es braucht dieses kommunale Aufbegehren. Denn starke Kommunen sind die Grundlage einer sozialen und demokratischen Gesellschaft.

Aus Sicht der Linkspartei ist klar, die finanziellen Lasten gesellschaftlicher Herausforderungen dürfen nicht auf Städte, Gemeinden und Landkreise abgewälzt werden. Wir fordern eine dauerhafte finanzielle Entlastung der Kommunen, die vollständige Finanzierung übertragener Aufgaben durch Bund und Land, mehr Investitionen in Bildung, Soziales, Wohnen und öffentliche Infrastruktur, die Stärkung kommunaler Handlungsfähigkeit statt weiterer Sparzwänge. Wir kämpfen

weiter für eine Politik, die öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellt.

■■ *Ronny Kretschmer*

DANKESCHÖN!

Die vergangenen Monate waren eine intensive, spannende und bewegende Reise.
Eine Reise voller Begegnungen, Gespräche und Eindrücke. Eine Reise, auf der ich viele großartige Menschen kennenlernen durfte und die mir noch einmal gezeigt hat, wie viel Potenzial, Engagement und Zusammenhalt in unserem Landkreis steckt. Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, meinen Freunden und meinem gesamten Team. Den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, die Plakate aufgehängt, Stände begleitet, Ideen eingebracht, organisiert, motiviert und an mich geglaubt haben. Dieser Wahlkampf war keine One-Man-Show. Er war eine Gemeinschaftsleistung. Und ich bin stolz und dankbar, Teil dieses Teams gewesen zu sein.
Ebenso danke ich allen Bürgerinnen und Bürgern, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben. Ihre Unterstützung, Ihre Stimmen und die vielen persönlichen Gespräche bedeuten mir sehr viel. Das ist alles andere als selbstverständlich.
Auch wenn das Ergebnis nicht so ausgefallen ist, wie wir es uns erhofft haben, überwiegt heute vor allem eines: *Dankbarkeit.*
Für die Erfahrungen.
Für die Begegnungen.
Für die Unterstützung.
Für das Vertrauen.
Die Welt dreht sich weiter. Es warten neue Aufgaben, neue Projekte und neue Herausforderungen. Im Amt Temnitz gibt es weiterhin viel zu gestalten und voranzubringen. Und wer weiß, welche Wege die Zukunft noch bereithält. Vielen Dank für diese besondere Zeit.

Ihr
Thomas Kresse

Ein Haus für alle: Das neue Nachbarschaftshaus Kyritz-West ist eröffnet

Möglich wurde die Umsetzung durch erhebliche Unterstützung aus der Städtebauförderung und dem Bundesprogramm „Soziale Integration im Quartier“. Bund, Land Brandenburg und die Stadt Kyritz haben gemeinsam investiert – nicht einfach in Gebäude, sondern in Bildung, Teilhabe und ein gutes Zusammenleben. Denn soziale Infrastruktur ist kein Luxus. Gute Bedingungen für unsere Kinder, Räume für Jugendliche, Unterstützung für Familien, Angebote für ältere Menschen und Treffpunkte für Nachbarinnen und Nachbarn sind die Grundlage für eine solidarische Stadt. Das neue Nachbarschaftshaus wird künftig vielen Akteurinnen und Akteuren Raum geben: dem Quartiersmanagement (Comtact), dem Netzwerk Gesunde Kinder (ESTAruppin), der mobilen Jugendarbeit (BBL) sowie dem Angebot „Pflege vor Ort“. Vor allem aber gehört dieses Haus den Bürgerinnen und Bürgern von Kyritz-West. Auch vertraute Angebote wie Kaffeeklatsch, Erzählcafé, Spielenachmittage und die Bibliothek vor Ort bleiben erhalten. Dazu kommen neue Möglichkeiten für Kultur, Beratung, kreative Projekte und eigene Ideen der Menschen im Stadtteil. Ein herzlicher Dank gilt allen, die dieses Vorhaben über viele Jahre möglich gemacht haben: den Planenden, Handwerkerinnen und Handwerkern, den Beschäftigten der Stadtverwaltung, den Fördermittelgebern sowie allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten. Das neue Nachbarschaftshaus zeigt, wofür eine soziale Kommunalpolitik steht: Eine Stadt wird stärker, wenn sie in Menschen investiert. Nicht Rückzug und Kürzungen schaffen Zukunft – sondern Orte, an denen Begegnung, Unterstützung und Gemeinschaft wachsen können. Kyritz-West hat einen neuen Treffpunkt. Jetzt liegt es an uns allen, ihn mit Leben, Ideen und Solidarität zu füllen.

■■ *Holger Kippenhahn*

„Armut wird gemacht“ - das gilt auch für die Gemeindekassen!

Die Linke zeigt, wie kommunale Haushalte mit einer anderen Wirtschaftspolitik gesichert und stabilisiert werden könnten.

Rundbrief
Kommunalpolitik
April 2026

Kommunen in Not

Liebe Kommunalpolitikerinnen, liebe Kommunalpolitiker, liebe Genossinnen und Genossen,

die finanzielle Lage vieler Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch zugespitzt. Steigende Sozialausgaben, wachsende Investitionsbedarfe und gleichzeitig unzureichende Einnahmen bringen Städte, Gemeinden und Landkreise zunehmend an ihre Belastungsgrenzen.

Während der Bund weiterhin nur Pflaster verteilt, statt strukturelle Reformen in Angriff zu nehmen, steht Ihr vor der riesigen Aufgabe, in Euren Kommunen soziale Infrastruktur zu sichern, Teilhabe zu ermöglichen und gleichzeitig mit knappen Kassen umzugehen. Hinzu kommen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger.
Dieses Spannungsfeld ist uns bewusst.

Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin dafür ein, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden. Denn ohne eine grundlegende Neuausrichtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird sich die Lage nicht nachhaltig verbessern und das kommunale Finanzierungsdefizit weiter anwachsen. Angesichts der derzeit stattfindenden Angriffe der Bundesregierung auf die Kinder- und Jugendhilfen sowie die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung ist es umso wichtiger, Finanzkonzepte für Kommunen in den Fokus zu rücken, die bei der sozialen Infrastruktur keine Abstriche machen.

Gleichzeitig ist uns der enge Austausch mit Euch vor Ort besonders wichtig. Eure Erfahrungen, Einschätzungen und konkreten Beispiele sind eine unverzichtbare Grundlage für unsere politische Arbeit. Zögert deshalb nicht, Euch mit Hinweisen, Fragen, Anregungen und Antragswünschen an uns zu wenden. Im Rahmen unsere Möglichkeiten helfen wir und unsere Teams Euch gern weiter.

MdB Sahra Mirow, Sprecherin für Kommunalpolitik
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70733
Mail: sahra.mirow@bundestag.de
Im Netz: www.sahra-mirow.de
Instagram, Facebook

MdB Sascha H. Wagner, Sprecher für Kommunalfinanzen und Heimat
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70828
Mail: sascha.wagner@bundestag.de
Im Netz: www.sascha-h-wagner.de
Instagram, Facebook, X

Seite 1 von 3
Fraktion Die Linke im Bundestag
Die Linke
Im Bundestag

Ja, es stimmt, die Sozialausgaben steigen, aber sie sind es nicht, die die Kommunen arm machen. Es sind die fehlenden Einnahmen. Das Problem ist alt bekannt, struktureller Natur und hausgemacht.
Deutschlands Städte und Gemeinden bekommen ihr Geld aus drei Quellen: örtliche Gebühren und Beiträge (geringen Teil der Einnahmen), Gewerbesteuer (plus kleinen Anteil an anderen Steuerarten) und die sogenannte Finanzzuweisung von Bund und Land aus einem Umverteilungstopf, der das Gefälle zwischen reichen und armen Kommunen reduzieren soll. Für Brandenburg sind die Zuweisungen und die Gewerbesteuer zentral.
2010 gab es - wie schon so oft – auch Notstandsalarm wegen leerer Gemeindekassen. Die Linksfraktion im Bundestag stellte damals den Antrag, die Gewerbesteuer umzuwandeln, weil sie gewinnabhängig ist und deshalb wenig verlässlich (in Brandenburg ist sie 2025 um 5,3% zurückgegangen). Sie sollte durch eine stabilere Gemeindewirtschaftssteuer ersetzt werden. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Gewerbesteuer steht den Kommunen außerdem nicht ganz zu, sie müssen einen erheblichen Teil als Umlage an Bund und Land abgeben. Seit Jahren fordert die Linke, diese allgemeine Umlage abzuschaffen, um ärmeren Kommunen mehr Gestaltungsraum zu geben.
In diesem März stellte die Bundestagsfraktion den Antrag „Gewerbesteuer als kommunale Einnahmequelle stärken“, mit dem Ziel, den schädlichen Steuerwettbewerbe zwischen den Kommunen abzumildern und so die Einnahmen zu stärken. Der Antrag wurde im Finanzausschuss abgelehnt – Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich.
Christian Görke erneuerte gerade die Forderung, die Gewerbesteuerumlage abzuschaffen. Und er forderte die Übernahme aller Altschulden durch das Land und die Einführung der Vermögenssteuer für große Privatvermögen. Letzteres wäre die wichtigste strukturelle Änderung. Nach dem Steuermodell der Linken kämen so 2,8 Milliarden Euro pro Jahr in die Landeskasse, 535 Millionen davon könnten an die Kommunen weitergereicht werden. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung unlängst ermittelt.

■■ *bms*

Regionalplanung Wind: **Verantwortung übernehmen statt Probleme vertagen**

Auf der Sitzung der Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel am 15. Juni 2026 in Kyritz wurde eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Windenergieplanung in unserer Region getroffen. Der zweite Entwurf des Regionalplans „Windenergienutzung 2024“ wurde trotz erheblicher Widerstände von Bürgerinitiativen und einzelnen Kommunen mit Mehrheit beschlossen.
Deren Kritik darf jedoch nicht einfach beiseite geschoben werden. Viele Menschen vor Ort erleben die Auswirkungen des Windenergieausbaus unmittelbar. Ihre Sorgen müssen ernst genommen werden. Gleichzeitig müssen gewählte Vertreterinnen und Vertreter Verantwortung übernehmen und Lösungen finden.
Denn die Alternative zu einem rechtzeitig beschlossenen Regionalplan wäre keine bessere Steuerung der Windkraft – sondern weniger Steuerung. Ohne das Erreichen der gesetzlichen Flächenziele droht ein deutlich unkontrollierter Ausbau. Dann würden nicht mehr regionale Planung und demokratische Abwägung bestimmen, wo Anlagen entstehen.
Für uns Linke ist klar: Die Energiewende braucht Akzeptanz. Akzeptanz entsteht nicht durch ein Gegeneinander von Klimaschutz und Bevölkerung, sondern durch nachvollziehbare Entscheidungen, faire Lastenverteilung und eine starke öffentliche Steuerung.
Deshalb war der Grundgedanke des Antrags des Perleberger Bürgermeisters Axel Schmidt richtig: Bestehende Windstandorte müssen stärker berücksichtigt werden. Es ist schwer vermittelbar, neue Landschaftsräume in Anspruch zu nehmen, wenn bereits belastete Standorte mit vorhandener Infrastruktur genutzt werden könnten. Der Antrag selbst fand jedoch keine Mehrheit, weil die Umsetzung im laufenden Verfahren erhebliche rechtliche Unsicherheiten bedeutet hätte.
Mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde dagegen ein gemeinsamer Änderungsantrag der LINKEN-Regionalräte Ralf Wunderlich (Landkreis Oberhavel), Roland Weber (Landkreis Prignitz) und Holger Kippenhahn (Landkreis Ostprignitz-Ruppin). Damit gibt es einen klaren politischen Auftrag: Bei der Fortschreibung sollen bestehende und bereits genehmigte Windenergieanlagen sowie geeignete kommunale Windflächen stärker berücksichtigt werden. Zugleich sollen Vorranggebiete ohne vorhandene Anlagen kritisch überprüft werden.
Das ist der Unterschied zwischen einfacher Ablehnung und verantwortlicher Gestaltung: Wir sichern jetzt einen rechtssicheren Regionalplan und kämpfen gleichzeitig dafür, ihn gerechter weiterzuentwickeln.
Die Energiewende ist notwendig – aber sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie demokratisch, sozial gerecht und gemeinsam mit den Menschen vor Ort umgesetzt wird.
Nicht ungesteuerter Wildwuchs, sondern öffentliche Planung und faire Lösungen sind der richtige Weg.

■■ *Holger Kippenhahn*

Regionalplan Windkraft: Ist der Zeitdruck Drohkulisse oder Realität?

Bei der Regionalversammlung in Kyritz wurde heftig gestritten. Hier erläutert ML warum:
Die Kreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Havelland sind die letzten, die noch keinen Regionalplan zur Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie haben. Dieser Regionalplan muss bis Ende des Jahres vorliegen.

Was passiert, wenn es keinen Regionalplan gibt?

Dann wird die Windenergie im gesamten Außenbereich der Kommunen privilegiert. Das bedeutet: Es gibt keine räumliche Steuerungsmöglichkeit mehr für Kommunen und viel mehr Fläche als die 1,8 vom Bund vorgegeben Prozent könnten in Form von Wildwuchs bebaut werden.
Bis 31. Januar 2027 gilt das Moratorium für neue Anlagen, das heißt, das Landesumweltamt verschickt bis dahin keine Bewilligungsbescheide. Bearbeitet werden die Anträge aber trotzdem und zwar stapelweise. Eine Flut von Bewilligungen droht im Februar, wenn bis dahin kein Regionalplan steht. Das ist die Einschätzung der Planungsgesellschaft und auch die erfahrener Kommunalpolitiker der Linken.

Was spricht gegen den Antrag von Bürgermeister Schmidt?

Bürgerinitiativen und Teile der Regionalversammlung weisen diesen Zeitdruck als Drohkulisse zurück und sehen darin Stimmungsmache gegen den Schmidtantrag und die Anrechung von Bestandsanlagen. Tatsächlich würden dann aber Vorranggebiete neu zugeschnitten und Teile des Planungsverfahrens müssten wiederholt werden. Bis Ende des Jahres wäre das nicht machbar. Rechtlich ist es auch schwierig: Das Bundesgesetz erlaubt die Anrechnung von Bestandsanlagen, aber die Länder können entscheiden, ob sie davon Gebrauch machen oder nicht. In Potsdam hatte man sich dagegen entschieden und das gesetzlich nicht vorgesehen.

Wie geht es weiter?

Bis 2032 müssen weitere 0,4 % der Fläche für Windkraft ausgewiesen werden (2,2% insgesamt). Das heißt, der Regionalplan muss ‚fortgeschrieben‘ werden. Dafür muss die Anrechnung von Bestandsanlagen ins Landesrecht übernommen werden. Es gibt Signale aus Potsdam für eine solche Gesetzesänderung, aber wir müssen dafür massiv Druck machen. Der angenommene Antrag der Linken in der letzten Regionalversammlung war ein Beitrag dazu.

bms

Rentenkommission legt Kürzungskatalog vor

Die Rentenkommission der Bundesregierung hat gut sechs Monate getagt – und zwar unter Ausschluss von Opposition, Gewerkschaften und Sozialverbänden. Jetzt liegen ihre Vorschläge auf dem Tisch. Anstatt einem Vorschlag, wie die Gesetzliche Rente langfristig stabilisiert werden kann, hat die Rentenkommission ein massives Rentenkürzungsprogramm präsentiert.

Anhebung der Regelaltersgrenze

Geht es nach der Rentenkommission, soll die Regelaltersgrenze bald an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Eine pauschale Kopplung verschleiert aber, dass sich die Lebenserwartung je nach Region und abhängig von Faktoren wie Bildungsgrad oder Einkommen sehr unterschiedlich entwickelt. Eine Kopplung ist also nicht nur völlig ungerecht, sie könnte bestehende Ungleichheiten sogar noch weiter verschärfen. Wir werden dagegen kämpfen, dass die Regelaltersgrenze in Zukunft noch weiter angehoben wird. Schon jetzt schaffen es zu viele Menschen nicht gesund bis zum Ruhestand.

Abschaffung der „Rente für besonders langjährig Versicherte“

Die Rentenkommission will die „Rente für besonders langjährig Versicherte“ abschaffen. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die 45 Jahre lang hart gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben. Es ist falsch, dass die Rentenkommission ihnen das Recht nehmen will, künftig frei über den Eintritt in den Ruhestand entscheiden zu dürfen.

Ausweitung der privaten Vorsorge

Das Rentenniveau des Umlagesystems soll noch schneller abgesenkt werden. Angeblich soll eine zusätzliche kapitalgedeckte Komponente, die in die Gesetzliche Rentenversicherung integriert wird, die Absenkung ausgleichen. Das hängt aber stark von Schwankungen auf dem Kapitalmarkt ab. Wir finden es zudem höchst unanständig, dass die Renten in Zukunft von steigenden Mieten und höheren Pflegekosten profitieren sollen.

Die Vorschläge sind nicht nur völlig realitätsfern. Sie können auch dafür sorgen, dass die Altersarmut in Deutschland noch weiter steigt. Während die Rentenkommission die Einbeziehung von Selbstständigen und Politiker:innen als Ablenkungsmanöver vorschlägt, laufen die meisten Vorschläge auf massive Kürzungen hinaus. Wir machen bei diesem Angriff auf unseren Sozialstaat nicht mit und kämpfen dafür, die Gesetzliche Rente zu stärken. Wir alle verdienen ein gutes Leben im Alter ohne Angst vor Armut. Dem Programm der Rentenkürzungskommission erteilen wir eine klare Absage.

■■ Sahra Vollath, rentenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Reparieren statt wegwerfen.

Die Linke fordert: Faire Reparatur-Preise bei der Umsetzung des Gesetzes zum Recht auf Reparatur!

Wer heute einen Staubsauger, ein Smartphone oder eine Waschmaschine reparieren lassen will, scheitert oft daran, dass der Hersteller keine Ersatzteile liefert oder keine Anleitung herausgibt. Das soll sich ändern. Der Bundestag hat am 20. Mai 2026 einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten, der Herstellern künftig vorschreibt, Reparaturen zu ermöglichen. Das neue Gesetz sieht vor, dass wer sein Gerät reparieren lässt, statt ein neues zu kaufen, ein Jahr länger Garantie bekommt. Hersteller von Haushaltsgeräten und Elektronik müssen ihre Produkte bis zu zehn Jahre nach dem letzten Verkauf noch reparieren können. Außerdem dürfen sie künftig nicht mehr verhindern, dass andere Werkstätten Reparaturen durchführen, etwa durch verklebte Gehäuse, nicht austauschbare Akkus oder fehlende Schaltpläne. In Ostprignitz-Ruppin zeigt sich jeden Monat, wie dringend diese Regeln gebraucht werden. Im Repair-Café der Linken in Wittstock versuchen Ehrenamtliche, Haushaltsgeräte, Elektronik und Werkzeuge vor dem Verschrotten zu retten. Immer wieder stoßen sie auf Geräte, die absichtlich so gebaut sind, dass eine Reparatur kaum möglich ist. In Deutschland landen jedes Jahr rund 1,5 Millionen Tonnen Elektroschrott auf dem Müll, ein großer Teil davon ist noch funktionsfähig. Die Rohstoffe, die zur Herstellung dieser Geräte gebraucht wurden, Metalle und seltene Materialien aus aller Welt, sind damit unwiederbringlich verloren. Wer im Repair-Café sitzt und ein Gerät vor sich hat, das nicht zu öffnen ist, weil der Hersteller es so gebaut hat,

erlebt hautnah, was es bedeutet, wenn Konzerne entscheiden, wann wir etwas wegwerfen müssen. Das muss ein Ende haben. Frankreich zeigt, wie es gehen kann. Dort gibt es einen Reparaturbonus, der die Kosten für Verbraucher*innen senkt und gleichzeitig die Werkstätten vor Ort stärkt. Das neue Gesetz ist ein erster Schritt. Aber nur wenn Reparieren günstiger und einfacher ist als Wegwerfen, ändert sich wirklich etwas.

Zudem müssen Konzerne in die Pflicht genommen werden, Verantwortung zu übernehmen und den regionalen Handwerksbetrieben Reparaturen zu erschwinglichen Preisen ermöglichen. Die Industrie darf nicht entscheiden, wer reparieren darf und wer nicht. Nur wenn Reparieren einfacher und günstiger wird als der Neukauf, lässt sich der Raubbau an natürlichen Ressourcen stoppen.

■■ *Christin Willnat, verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag*

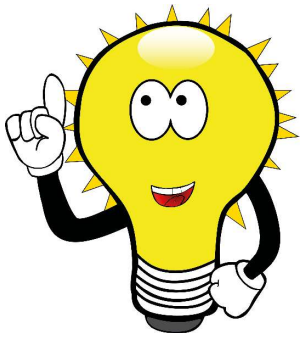
Wandel beim CSD Prignitz: Aus der Pause wächst Neues

In diesem Jahr fällt der CSD-Umzug in Wittenberge aus. Hauptgrund war das Schrumpfen der Vorbereitungsgruppe. „Dass es in der Prignitz überhaupt schon CSDs gab, haben wir einer Initiative junger Menschen zu verdanken“, berichtet Aline Jacubeit vom CSD-Team. Doch einige, die damals das Ganze initiiert haben, sind inzwischen weggezogen, das Team wurde kleiner und die Kapazitäten reichten im letzten Jahr nicht mehr aus. „Wir müssen den CSD auf breitere Beine stellen und die Aufgaben auf mehr Schultern verteilen“, sagt Jacubeit.

Um neue Perspektiven zu gewinnen, lud das Orga-Team am 17. Juni zu einem offenen Treffen ins Kulturkombinat ein. Rund 30 Menschen folgten der Einladung. Gemeinsam wurden Ideen gesammelt, Wünsche formuliert und erste Visionen für einen zukünftigen CSD entwickelt. Mehr als zehn neue Gewonnene wollen das Orga-Team nun unterstützen.

„Ich bin begeistert von der regen Teilnahme und guter Dinge, was die Zukunft des CSD in der Prignitz betrifft“, resümiert Jacubeit. Beim nächsten Treffen soll unter anderem darüber gesprochen werden, wie sich das Team zukünftig organisieren wird. Es steht z.B. die Gründung eines eigenen Vereins im Raum. Wer sich künftig ebenfalls engagieren möchte, wendet sich gerne an csd.prignitz@web.de

■■ *bms*



Medien, die schlau machen

Die Zeit ist voller Umbrüche und Krisen mit medialen Aufregern in Dauerschleife. Was stimmt, was stimmt nicht? Was bedeutet dieses und was wird dort wieder ausgeheckt? Viele verlieren den Überblick. Wir brauchen fundierte Hintergrundinformationen und gute Analysen für uns selbst aber auch, um der Desorientierung um uns herum gut entgegenwirken zu können. Neben den klassischen linken Medien wie dem ND gibt es noch einige andere, die dafür sehr hilfreich sind.

Die Märkische Linke wird in dieser Rubrik regelmäßig solche Medien vorstellen.

Zum Beispiel: KATAPULT

KATAPULT ist ganz anders, als alle anderen. Der Schwerpunkt liegt auf Schaubildern, in denen politische und wirtschaftliche Zusammenhänge und spannende Forschungsergebnisse leicht verständlich dargestellt werden. Zu finden online auf der *Webseite https://www.katapult-magazin.de/de* und alle drei Monate als gedrucktes Magazin. Seit ein paar Jahren gibt es in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern außerdem eine regionale Zeitung mit täglichen online-Artikeln und einer gedruckten Monatsausgabe. Für alle, die im Wahlkampf MV unterstützen oder ihn verfolgen, ist ein Blick in die MV-Ausgabe hochinteressant: https://katapult-mv.de/.

In Brandenburg stellte der Katapult-Verlag für den Wahlkampf 2024 kostenlose Zeitungen mit Schaubildern zur Verfügung, diwe den Horrorszenarien der AfD die tatsächliche Lage in Brandenburg gegenüberstellten.

■■ *red.*

Der Alte ist der Neue

Ralf Reinhardt (SPD) hat die Landratsstichwahl am 28. Juni gewonnen. Laut dem vorläufigen Endergebnis kam Reinhardt auf 60,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 46 Prozent.

Erstmals hat Reinhardt auch das Quorum erfüllt und erhielt mehr als die erforderlichen 12.540 Stimmen. Er konnte 22.931 Stimmen auf sich vereinen.

Er will Landrat aller Bürger:innen sein, hat er im Wahlkampf erklärt. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

■■ *Gerlinde Krahnert*

64,1 Prozent

Der neue Bürgermeister von Wusterhausen ist der alte. Unterstützt von der Linken und der CDU setzte sich der parteilose Philipp Schulz gegen die Kandidatin der Freien Wähler, Ulrike Skambraks, durch.

Er überzeugte die Wähler:innen durch seine bisherige Arbeit und Visionen für die Entwicklung der Gemeinde in den nächsten Jahren.

■■ *red.*

Termine

11.07. //14 Uhr
PRÜF-Demo
Alter Markt, Potsdam

29.07.//09-12.00 Uhr
1-Euro-Frühstück
Burgstraße 27, 16909 Wittstock

26.08. // 18 Uhr
Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR
Schinkelstr. 13, Neuruppin

30.08. //14 Uhr
Fest der Vielfalt
16909 Wittstock, Amtshof

Jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr
Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Drößler
Termine unter: 0151/27551564
Schinkelstr. 13, Neuruppin

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

www.dielinke-opr.de
www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen, nicht unbedingt die von Redaktion und Herausgeberin, wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.
redaktionml@dielinke-opr.de

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG